



Online-Ausgabe

cash zweiplus ag
8048 Zürich
044/ 436 77 11
www.cash.ch

Medienart: Internet
Medientyp: Infoseiten
UUpM (Quelle: netmetrix): 208'000

Online lesen

Themen-Nr.: 375.13
Abo-Nr.: 1071803

Wie Deutschland aus dem Steuerpatt kommt



Steuerabkommen Deutschland-Schweiz: Es gibt eine rettende Hintertür.

Bild: Keystone 31.08.2012 20:00

Das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz steckt in der Sackgasse. Das sind die Optionen, mit denen beide Regierungen den Konflikt doch noch beilegen können.

Für die SPD und Grüne - die das Vorhaben im Bundesrat blockieren können - kommen die mutmaßlichen Steuerhinterzieher zu günstig weg. Sie fordern substanzielle Anpassungen des 2011 ausgehandelten, aber noch nicht ratifizierten Abkommens. Die Schweiz lehnt Nachverhandlungen dagegen ab. Beharren beide Seiten auf ihren Positionen, dürften SPD und Grüne das Abkommen im Bundesrat im Herbst endgültig zu Fall bringen. Welche Optionen haben die beiden Regierungen, um den seit Jahren schwelenden Konflikt um deutsche Steuerflüchtlinge mit geheimen Konten auf Schweizer Banken endlich beizulegen?

Als wahrscheinlichste Variante gilt derzeit, dass alles bleibt wie es ist. Weil Schwarz-Gelb in der Länderkammer keine Mehrheit hat, steht Schäubles Prestigeprojekt vor dem Aus. Für die Gegner sind die Pläne ungerecht, denn Steuerhinterzieher zahlten weniger als Bürger, die ihre Gelder ordnungsgemäß versteuert hätten, und bekämen das Schwarzgeld noch weißgewaschen.

Was das Abkommen vorsieht

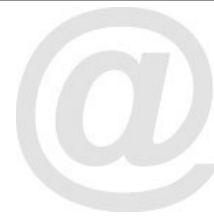
Das Abkommen sieht eine pauschale, anonyme und endgültige Nachversteuerung von deutschem Schwarzgeld bei Schweizer Banken vor. Dazu soll die Schweiz eine Steuer erheben, die je nach Höhe des Vermögens zwischen 21 und 41 Prozent liegen soll.

Künftig ist eine Besteuerung wie in Deutschland vorgesehen, also mit einem Satz von 25 Prozent plus Soli-Zuschlag. Viele Experten halten die Lösung für einen guten Kompromiss, weil Deutschland endlich an Steuermilliarden kommt und die Schweiz das Bankgeheimnis retten kann.

Wenn alles beim Alten bleibt

Angesichts der kategorischen Opposition in Deutschland macht sich aber selbst in Schweizer Finanzkreisen Ernüchterung breit. "Es bildet sich allmählich ein gewisser Konsens, dass man das Abkommen nicht mehr durchbringt", sagt ein Zürcher Banker. Käufe von Steuer-CDs mit gestohlenen Kundendaten würden dann anhalten und Kunden sowie Banken verunsichern.

Deutschland würden für die Altfälle einmalig etwa zehn Milliarden Euro und zusätzlich jährlich bis zu 1,2 Milliarden Euro entgehen, wie interne Rechnungen des Finanzministeriums ergeben. "Scheitert das Abkommen, gibt es viele Verlierer", sagt Thomas Brotzer, Steuerexperte von Ernst&Young. "Der deutsche Staat erhält weniger Geld, der Schweizer Finanzplatz wird seinen schlechten Ruf nicht los und die Banken bleiben weiterhin im



Online lesen

Scheinwerferlicht." Die SPD argumentiert dagegen, der Kauf von Steuer-CDs bringe dem deutschen Fiskus mehr ein.

Die Schweizer Hintertür

Obwohl die Schweiz am Abkommen nicht mehr rütteln will, steht noch eine kleine Hintertür offen, um einen zentralen Kritikpunkt der SPD zu entkräften. Für die Partei enthält das Abkommen zu viele Lücken, durch die Steuerhinterzieher schlüpfen könnten. Im kommenden Monat berät das Schweizer Parlament ein Gesetz, das sogenannte Gruppenanfragen deutscher Finanzbehörden zulassen würde. Damit könne der deutsche Fiskus möglicherweise sogar rückwirkend auch die Namen von Steuerflüchtlern erhalten, die ihr Kapital aus der Schweiz vor Inkrafttreten des Abkommens in ein Drittland verlagert haben. Allerdings haben sich die Vertreter von drei der vier großen Schweizer Parteien gegenüber einer für Deutschland vorteilhaften Ausgestaltung des Gesetzes reserviert gezeigt.

Diese Konzession alleine würde den Kritikern wohl nicht reichen. Zusätzlich könnte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble etwa versuchen, den Ländern einen noch größeren Anteil der Erlöse aus dem Abkommen zukommen zu lassen, obwohl er ihnen bereits weit entgegen gekommen ist. Dem steht entgegen, dass sich die Gegner des Abkommens klar festgelegt haben und ohne Gesichtsverlust nur schwer zurückstecken könnten. Zudem steht Deutschland vor einem Wahljahr und der Kampf gegen Steuerflüchtlinge verspricht gute Wahlkampfmunition.

Zurück an den Verhandlungstisch

Die SPD will Neuverhandlungen. "Dieses Abkommen oder keines", hält die Schweizer Finanzministerin dagegen und schließt sowohl Nachverhandlungen als auch Neuverhandlungen kategorisch aus. Die harte Haltung dürfte ihr helfen, eine mögliche Volksabstimmung zu dem Thema zu gewinnen, hat aber wohl eine kurze Halbwertszeit. Denn für die meisten Beobachter ist klar, dass sich die beiden Länder irgendwann einigen müssen.

"Ein guter Zeitpunkt, neue Verhandlungen aufzunehmen, ist nach den nächsten Bundestagswahlen", sagt Maurice Pedergnana, Finanz-Professor an der Hochschule Luzern. Bis eine Einigung mit der Schweiz vorliege, dürfte es dann mindestens nochmals ein halbes Jahr dauern.

Selbst eine Einigung zwischen den beiden Ländern sehen viele Experten aber nur als Zwischenschritt auf dem Weg zum automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden verschiedener Länder, der definitiv das Ende des Bankgeheimnisses bedeuten würde. "Wir sollten davon ausgehen, dass wenn ein ausländischer Kunde in fünf oder vielleicht in zehn Jahren in die Schweiz kommt, um ein Konto zu eröffnen, sein Name, das Datum und der Ort automatisch an die Steuerbehörde des Heimatlandes des Kunden übermittelt werden", sagte der frühere Notenbankchef Philipp Hildebrand.

(Reuters)